



PRESSEINFORMATION 29/2009

IHKs fordern bessere Unterrichtsversorgung im beruflichen Schulwesen

BWIIHK-Präsident Bernd Bechtold: Mehr Spielraum bei Einstellung von Lehrkräften

Heilbronn, 26.11.2009 - Die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern fordern für die Berufsschulen im Land mehr Eigenverantwortung und größere Autonomie. Die IHKs beschlossen bei ihrer Mitgliederversammlung am Donnerstag in Heilbronn ein Positionspapier zur Stärkung der Berufsschulen im Land; darin spricht sich die Interessenvertretung von mehr als 510 000 Unternehmen für eine bessere Unterrichtsversorgung im beruflichen Schulwesen aus.

„Bei der dualen Ausbildung in Betrieben und Berufsschulen handelt es sich um ein einzigartiges Erfolgsmodell, das vom Engagement der Wirtschaft lebt und einen starken schulischen Partner braucht“, begründete Bernd Bechtold, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK), die Forderung. Es könne daher nicht hingenommen werden, dass das Kultusministerium Jahr für Jahr mit einem geplanten Unterrichtsdefizit in das neue Schuljahr startet. In den vergangenen Jahren sei dieses von vornherein feststehende Defizit von 4,4 auf 4,6 Prozent gestiegen. „Zusammen mit den ungeplanten Ausfällen durch Krankheit, Fortbildung u.a. führt dies an manchen Schulen zu einem Unterrichtsdefizit von bis zu 20 Prozent, es fällt also jede fünfte Stunde aus“, rechnete Bechtold vor. Vor allem im technischen Fachunterricht aber auch im Fach Englisch komme es dadurch zu Qualitätseinbußen, was bei den Betrieben auf immer größeres Unverständnis stoße.

„Wir können es uns – gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und den bereits bestehenden Fachkräftemangel - nicht erlauben, dass weiterhin Unterricht in großem Stil ausfällt, zu Lasten der Ausbildung der Jugendlichen“, erklärte BWIIHK-Präsident Bechtold. Der Mangel an ausgebildeten Fachkräften, gerade im technischen sowie naturwissenschaftlichen Bereich, stellt nach Ansicht der IHKs in Baden-Württemberg die größte Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung dar, da Wirtschaft und Berufsschulen als Partner im dualen System die benötigten Arbeitnehmer ausbilden.

Nach Auffassung des BWIIHK brauchen die Berufsschulen mehr Spielräume bei der Einstellung von Lehrkräften. Den Schulen sollte ein Budget zustehen, das es ihnen



ermöglicht, Engpässe durch attraktive Bedingungen für Direkteinsteiger aus der Wirtschaft zu überbrücken. „Der Zukauf von pädagogischen Leistungen muss möglich sein“, schlug Bechtold vor. „Den Schulleitern muss die Verantwortung übertragen werden, Verträge mit Lehrkräften selbständig abschließen zu können“. Die Einführung eines Personalausgabenbudgets sei ein richtiger Schritt, der nun ausgebaut werden müsse.

In diesem Zusammenhang führte Präsident Bechtold weiter aus, dass die duale Ausbildung, um die Deutschland in der ganzen Welt beneidet wird, weiterhin absolute Priorität haben muss. „Vollzeitschulische Angebote an Berufsfachschulen, Berufskollegs und beruflichen Gymnasien dürfen nicht zu Lasten der dualen Ausbildung eingerichtet werden“, appellierte er an die Landesregierung und den Kultusminister. Dies sei wichtig im Blick auf die kommenden Jahre, in denen erheblich weniger junge Menschen die allgemeinbildenden Schulen verlassen werden.

Diese und weitere Presseinformationen sowie das Positionspapier zum beruflichen Schulwesen finden Sie unter

www.bw.ihk.de.

Ansprechpartner für die Redaktionen:

IHK Region Stuttgart

Dr. Martin Frädlich

Telefon 0711 20 05 246

E-Mail: martin.fraedrich@stuttgart.ihk.de

BWIIHK

Michael Deffner

Telefon 0711 22 55 00 64

E-Mail: michael.deffner@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 510 000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.